

Antrag

**der Abgeordneten Dennis Gladiator, Joachim Lenders, Karl-Heinz Warnholz,
Dennis Thering, Michael Westenberger (CDU) und Fraktion**

Betr.: Zunahme von Messerangriffen? Realität erfassen und gegensteuern!

Ob die grausame Messerattacke des Terroristen Ahmad A. im vergangenen Juli in Barmbek, der brutale Messerangriff im Januar auf einen 22-Jährigen am S-Bahnhof Sternschanze oder die versuchte Tötung einer 72-Jährigen mit einem Messer in einem Seniorenstift vor wenigen Tagen – immer häufiger erschüttern uns Schlagzeilen, in denen Personen mit Messern angegriffen und teilweise tödlich verletzt werden.

Ob es jedoch tatsächlich eine Steigerung der Fallzahlen gibt oder diese nur verstärkt in den Fokus der Medien geraten, ist bislang unklar. Die Verwendung von Messern oder anderen Stichwaffen bei der Begehung von Straftaten wird nämlich – anders als bei Schusswaffen – weder im Delikt noch beim Tatverdächtigen in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfasst.

Um Kriminalität wirksam bekämpfen zu können, ist es jedoch wichtig, dass möglichst viele wesentliche Fakten und Entwicklungen bekannt sind. Insofern ist es sinnvoll, künftig die Nutzung von Messern oder anderen Stichwaffen bei der Begehung von Straftaten zu registrieren.

So könnten nicht nur zielgerechte Präventionsmaßnahmen ins Leben gerufen werden, sondern auch die Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen der Polizei entsprechend angepasst und optimiert werden.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. sich für eine Aufnahme des Kriteriums „Angriffe mit Messern und anderen Stichwaffen“ in die Polizeiliche Kriminalstatistik einzusetzen oder alternativ entsprechende Angriffe in einer eigenen hamburgweiten Statistik zu erfassen,
2. im Falle einer tatsächlichen Zunahme entsprechender Fallzahlen zu prüfen, inwiefern Aus- und Weiterbildungsangebote der Polizei hieran anzupassen sind,
3. im Falle einer tatsächlichen Zunahme der Fallzahlen diese Entwicklung bei Präventionsmaßnahmen und -programmen zu berücksichtigen und
4. der Bürgerschaft bis zum 31. Oktober 2018 zu berichten.